

16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9.-11. März 2001, Stuttgart, Messsegelände, Halle 4

Grüne

Beschluss

Für eine baldige Entschädigung der Zwangsarbeiter ! Die Wirtschaft muß ihren Beitrag jetzt leisten

Seit über 55 Jahren warten die Zwangs- und Sklavenarbeiter auf eine Entschädigung für das erlittene Unrecht. Grüne haben seit über 15 Jahren im Bundestag für eine gerechte Lösung dieser Frage gestritten.

Durch den Regierungswechsel in Deutschland und die Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA wurde endlich mit der Errichtung der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine angemessene Mindestregelung ermöglicht.

In den internationalen Vereinbarungen zwischen den osteuropäischen Staaten, Israel, den USA, Deutschland, den Opferanwälten und der Jewish Claims Conference, dem Regierungsabkommen und dem Stiftungsgesetz wird die Auszahlung der Entschädigung an die Opfer von bestehender Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen abhängig gemacht.

Die jüngste amerikanische Gerichtsentscheidung vom 7.3.2001 bedeutet für die Herstellung von Rechtssicherheit und die schnelle Entschädigung der Zwangsarbeiter einen schweren Rückschlag. Die deutsche Wirtschaft hat dies zu verantworten. Sie war nicht bereit durch eine erste Rate an die Bundesstiftung ihren Zahlungswillen zu dokumentieren, noch in der Lage die notwendige Summe vorzuweisen. Die stockenden Zahlungen der Unternehmen dokumentieren fehlendes Verantwortungsbeußtsein bei vielen Managern und Unternehmern.

Wenn wir den überlebenden Opfern helfen und nicht die Zahlungen an ihre Hinterbliebenen richten wollen, muß jetzt sofort eine Lösung gefunden werden.

Bündnis 90 /DIE GRÜNEN

- fordern die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft auf, die zugesagten 5, 1 Milliarden DM an die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ umgehend zu überweisen,
- fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre Anstrengungen zur Herstellung eines umfassenden Rechtsfriedens für deutsche Unternehmen in den USA zu erhöhen und die Zusagen aus dem Regierungsabkommen ohne jegliche Abstriche einzulösen,
- bestärken die Bundesregierung darin, ihre Anstrengungen für eine sofortige Entschädigung der Zwangsarbeiter und anderer NS-Opfer fortzusetzen und die erforderliche Rechtssicherheit umgehend festzuschreiben..